

deutsche journalistinnen-
und journalisten-union
_presse**information**



Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft

Medien, Journalismus und Film

Bundesgeschäftsführung:

Monique Hofmann

Ansprechpartner:

Matthias von Fintel

Hausanschrift: Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Telefon: 0 30 / 6956-2320

Telefax: 0 30 / 6956-3657

E-mail: matthias.vonfintel@verdi.de

Datum: 03. Mai 2023

Pressevertreter*innen vor Gewalt zu schützen ist systemrelevant

Medienschaffende geraten bei ihrer Berufsausübung in Deutschland zunehmend in Gefahr. Die von ‚Reporter ohne Grenzen‘ am 3. Mai, der internationalen Tag der Pressefreiheit veröffentlichten Zahlen, zu physischen Angriffen auf Journalist*innen und Journalisten in Deutschland erreichen mit 103 Fällen in 2022 einen vorläufigen Höchststand. Im internationalen Vergleich der Organisation sinkt Deutschland in Ranking zum Grad der Pressefreiheit auf den Platz 21 ab.

„Welches Signal brauchen wir noch, angesichts dieses drastischen Abstiegs der Pressefreiheit? Kein Mensch soll in Angst vor Bedrohung oder Gewalt seine Arbeit machen müssen. Bei Journalist*innen besteht die Arbeit aus Recherchen und Reportagen, die andere am liebsten verhindern wollen. Die dokumentierten Fälle sind über 100 zu viele in einem Jahr. Wenn Gewalt Journalismus verhindern möchte, ist der unbedingte Schutz der Pressefreiheit systemrelevant für unsere Demokratie.“ erklärt dju-Bundesvorsitzende Tina Groll.

Desweiteren fordert Tina Groll, Verlage und Rundfunksender seien in der Pflicht den Schutz der Medienschaffenden zu verbessern. Mit dem Schutzkodex <https://schutzkodex.de> bietet ein Netzwerk von Medienorganisationen einen Rahmen für wirkungsvolle Maßnahmen. Zu diesem müssten sich weit mehr Medienarbeitgeber und –auftraggeber als bisher bekennen.

„Die Bundesregierung hat bisher dem im Ampel-Vertrag aufgestellten Satz ‚Wir setzen uns für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten ein‘ noch kein erkennbares Gesetzesvorhaben folgen lassen. Das ist zu wenig und die Alarmsignale werden immer lauter. Die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien Claudia Roth, Innenministerin Faeser und Justizminister Buschmann schulden den über 100 Angegriffenen und allen weiteren bedrohten Kolleg*innen konkrete Zusagen, wie der Schutz verbessert wird. Wir bieten dafür viele Ideen und Vorhaben gerne an,“ mahnt Tina Groll an.



Medien, Journalismus
und Film

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**